

Eine solidarische Stadt für alle – Bremen schützt!

In der Flüchtlingspolitik reagiert die Politik mit zwei Handlungsmaximen. Hauptsache gar nicht erst reinlassen ist die eine – durch Zäune um Europa, Militär im Mittelmeer oder Lager vor seinen Außengrenzen. Hauptsache schnell wieder raus ist die andere – durch pauschale Abweisungen in Schnellverfahren und verschärfte Abschiebungen.

Dazu sagen wir Nein!

Wir fordern nicht mehr, aber auch nicht weniger, als dass wir keine Menschen mehr ertrinken lassen, keine Menschen mehr den Gefahren lebensgefährlicher Fluchtrouten aussetzen, keine Menschen mehr in Lagern leiden lassen.

Wir wollen stattdessen Menschen Schutz geben, Zusammenleben ermöglichen und in Bremen eine solidarische Stadt für alle schaffen.

Etwas Besseres als den Tod ...? Das Sterben auf dem Mittelmeer

In den letzten Jahren ist die Zahl der Menschen sprunghaft angestiegen, die ihr Zuhause verlassen und nach Europa aufbrechen. Sie kommen aus unterschiedlichsten Gründen: Krieg, Terror, Vertreibung und die blanke Not - fast immer ist es der verzweifelte Wunsch nach einem Leben in Frieden und Sicherheit. Dabei erleben wir heute die Folgen einer tiefgreifenden Destabilisierung des Nahen und Mittleren Ostens und eine Verelendung weiter Teile Afrikas, die ohne das politische und militärische Eingreifen der Industriestaaten so nicht denkbar gewesen wäre. Europa ist für diese Regionen der einzig erreichbare sichere Zufluchtsort.

Die Antwort Europas besteht aber in strikten Einreiseverboten auf allen legalen Wegen, sie besteht in schnell errichteten Zäunen und einer militarisierten Grenzüberwachung. Die „Festung Europa“ ist zum Synonym für diese rigide Abschottungspolitik geworden. Dabei muss man den Boden der EU-Länder erst betreten, um Flüchtlingsschutz in Anspruch nehmen zu können. Allein deshalb müssen die meisten die Grenzen heimlich und auf gefährlichen Wegen überqueren und sind dabei oft auf Hilfe von skrupellosen Geschäftemachern angewiesen.

In der Nacht auf den 3. Oktober 2013 hat sich vor der italienischen Insel Lampedusa eine Tragödie zgetragen, die die Öffentlichkeit aufrüttelte. Ein Schiff, das voll beladen mit Schutzsuchenden von Libyen aus nach Italien aufgebrochen war, erlitt Schiffbruch. Hunderte ertranken im Mittelmeer. Trauer und Empörung waren groß. Die danach eingerichtete italienische Seenotdienst „Mare Nostrum“ rettete in nur einem Jahr 130.000 Menschen. Danach wurde er auf Drängen Deutschlands und der EU eingestellt. Ein halbes Jahr später ertranken allein in einer Nacht um 800 Menschen auf dem Weg über das Mittelmeer. Die öffentliche Anteilnahme ist abgeebbt, aber das Sterben geht weiter. 2016 war mit 5.022 Ertrunkenen das bislang tödlichste Jahr.

Die zivile Seenotrettung muss sofort wieder aufgenommen werden!

Bremen ?

Die Festung zieht die letzten Brücken hoch

Dabei müsste das Mittelmeer schon längst nicht mehr die tödlichste Grenze der Welt sein, würden die EU Staaten sich einfach an ihre eigenen Gesetze halten. Wie ein Lichtblick in finsternen Zeiten für die Menschenrechte in Europa wirkt da das Plädoyer des Generalanwalts am Europäischen Gerichtshof. Im Fall einer Klage gegen die Ausländerbehörde Belgiens (Verfahren am EuGH - Aktenzeichen C-638/16) leitet er aus der EU-Grundrechtecharta die Pflicht der Mitgliedstaaten ab, Schutzsuchenden durch humanitäre Visa die sichere Einreise für ein Asylverfahren zu ermöglichen. Das Urteil wird in einigen Monaten erwartet. Folgt das Gericht seinem Generalanwalt, dann würde eine Kehrtwende in der europäischen Flüchtlingspolitik nötig machen und die jahrelange Abschottungsstrategie der EU würde empfindlich durchkreuzt.

Unterdessen rüstet Europa weiter auf und baut seine Festung nun weit vor den eigenen Außengrenzen aus. So werden in Afrika die einst willkürlich von Europäern gezogenen Staatsgrenzen mit Sicherheitstechnologie aus Europa dichtgemacht, damit möglichst wenige bis zum Mittelmeer durchkommen.

Wir fordern Visa und sichere Reisewege, damit flüchtende Menschen ihre Schutzrechte in Anspruch nehmen können.

Bremen: Technologie aus Bremen?

Eine Kette von Massenlagern rund um die Festung Europa

Jetzt soll die Mittelmeerroute endgültig verschlossen werden, wie dies vorher schon durch den Türkeiideal mit der Balkanroute geschehen ist. Seither stecken Menschen in der Türkei, in Griechenland oder entlang der Balkanroute fest - im harten Winter Anfang des Jahres bei bitterer Kälte und ohne Hilfe. Jetzt also soll ein Libyendeal folgen.

Wer es bis Libyen schafft, soll dort festgehalten, wer dennoch in See sticht, zurückgebracht und in Auffanglagern interniert werden. Menschenrechtsorganisationen haben Zwangsarbeit, Vergewaltigungen, Menschenhandel, Folter und sogar systematischen Erschießungen in libyschen Lagern dokumentiert. Diplomaten des Auswärtigen Amtes kritisieren kritisierten scharf die wörtlich „KZ-ähnlichen Verhältnissen“ dort (Tagesschau).

Doch das ficht die Regierungsparteien nicht an. So entsteht gerade ein ganzes System von Lagern rund um Europa. Ob am Horn von Afrika, in der Türkei, in Weißrussland oder Libyen - die EU mit Angela Merkel an der Spitze verlässt sich dabei auf autokratische Herrscher in zerrütteten Staaten und nimmt unerträgliche und menschenverachtende Verhältnisse in Kauf. Für das sogenannte „Flüchtlingsproblem“ sollen Lösungen außerhalb unserer Sichtweite gefunden werden. Aber entschieden wird unter unser aller Augen. Niemand kann sagen, er hätte es nicht gewusst.

Eine Politik der Lager, vorangetrieben von dem Land des Holocaust – das müssen wir stoppen!

Bremen xxxxx

Rapide Verschärfung der Asylgesetze in Deutschland

Das Recht auf Asyl hat in Deutschland einen Weg genommen, der seinesgleichen sucht. Die junge Bundesrepublik hatte es 1949 als ein Grundrecht mit Verfassungsrang fest verankert und es dabei bewusst offen und unbestimmt formuliert. Damit wurden die Lehren aus der Zeit des Nationalsozialismus gezogen. Das Grundrecht auf Asyl erlegte dem Staat die humanitäre Selbstverpflichtung auf, jeden Menschen zunächst aufzunehmen, um sein Schutzanliegen individuell, gründlich und wohlwollend zu prüfen.

Das spätere Deutschland hat sich mit dem sogenannten Asylkompromiss von 1993 von diesem Grundsatz abgewandt. Von nun an hatte sein Recht auf Schutz verwirkt, wer aus einem für sicher erklärten Herkunftsstaaten kam oder auf der Flucht nach Deutschland ein anderes sicheres Land durchquert hatte. Seither ist die Liste der sicheren Herkunftsstaaten immer länger geworden. Zuletzt ist Afghanistan aufgenommen worden mit der zynischen Begründung, es gäbe zumindest sichere Inseln in dem von Krieg und Gewalt zerrissenen Land.

Seit den großen Fluchtbewegungen im Sommer 2015 verschärft die Bundesregierung die Asylgesetzgebung jetzt mit atemberaubender Geschwindigkeit immer weiter. Dabei wird das Recht auf sorgsame, unvoreingenommene Einzelfallprüfung endgültig abgeschafft und durch Schnellverfahren ersetzt, wenn die Bleibeperspektive pauschal vorab als ungünstig bewertet wird. Zugleich sind nun viele Rechte von Asylsuchenden mit der Einschätzung der Bleibeperspektive verknüpft. Wenn sie als unsicher gilt, entfallen sie. Auch Sprach- und Integrationskurse werden gestrichen.

Die Parteien lassen sich von lauten, nationalistischen und rassistischen Stimmen antreiben, die längst einen Resonanzraum in Medien und Gesellschaft gefunden haben. Dabei gibt es auch die andere Seite, die sich nicht aggressiv ins mediale Rampenlicht drängt. Tagtäglich arbeiten viele in Bremen und

überall daran, Willkommenskulturen mit Leben zu füllen und springen da ein, wo der Staat es nicht schafft oder sich verweigert. Sie geben Sprachkurse, reparieren Fahrräder, sammeln für Kleiderkammern, organisieren Cafés, Konzerte und Filmvorführungen, helfen bei Behördengängen, suchen Wohnungen, transportieren Möbel, sind da für Jugendliche, die alleine hier sind, trösten, begleiten, ermuntern - und lernen dabei viel darüber, dass es „die anderen“ eigentlich gar nicht gibt. Denn wir sind es selbst. Wir sind Menschen.

Nicht in unserem Namen! Eine aggressive rassistische Minderheit darf nicht länger die politische Agenda bestimmen.

Angela Merkel: Abschiebung als „nationale Kraftanstrengung“

Das Ende der Verschärfungen im Flüchtlingsrecht ist aber noch nicht erreicht. Gerade hat die Bundesregierung zusammen mit allen Landesregierungen Grundsatzbeschlüsse für „effektivere Rückführungen“ gefasst, die noch vor der Bundestagswahl Gesetz werden sollen. Rückführung ist ein freundlicheres Wort für Abschiebung. Und Abschiebung bedeutet, Menschen unter Zwang in das Land zurückzubringen, in dem ihnen möglicherweise Gefahr für Leib und Leben droht.

Bund und Länder haben solche Abschiebungen jetzt zur „nationalen Kraftanstrengung“ erklärt. In der Nähe von Flughäfen soll ein Netz von „Ausreisezentren“ entstehen. Für Neuankömmlinge, die aus sogenannten sicheren Herkunftsstaaten kommen, könnten sie sich als Erstaufnahme- und Abschiebelager zugleich erweisen. Denn binnen einer Woche soll dort von der kurzfristigen Unterbringung über die Schnellprüfung der Fluchtgründe bis hin zur ärztlichen Attestierung der gesundheitlichen Abschiebetauglichkeit das gesamte Verfahren mit rationeller Präzision abgewickelt werden. Von einem rechtsstaatlichen Verfahren kann kaum mehr die Rede sein. Es endet mit der direkten Überstellung zum Flughafen.

Abgeschoben werden aber auch Menschen, die schon länger hier leben, die Deutsch gelernt und Arbeit gefunden haben oder deren Kinder hier zur Schule gehen. So seien allein 12.500 afghanische Staatsangehörige „ausreisepflichtig“, sagt das Bundesinnenministerium. Bei den ersten Sammelabschiebungen saßen in den Flugzeugen von Frankfurt nach Kabul vor allem gut integrierte Menschen, die dabei waren, sich hier ein neues Leben aufzubauen. Was in Afghanistan aus ihnen werden soll, welche Zukunft sie erwartet, ob sie dort sterben werden, weil sie hier nicht leben dürfen, ist ungewiss.

In der Vergangenheit ist es vor Ort bei solchen Abschiebungen immer wieder zu Protesten und Blockaden gekommen. Als letzte Zuflucht gewährten manchmal auch die Kirchen Asyl.

Der Bund will deshalb die Länder künftig von der Verantwortung für „die letzten Tage oder Wochen des Aufenthalts“ entlasten. Dabei spielt sicher auch eine Rolle, dass manche Landesregierungen sich weigern, Abschiebungen zu vollziehen. Bisher können sie auch darüber entscheiden, ob sie Abschiebungen aus humanitären Gründen aussetzen. So lehnt unter anderem Bremen es bisher ab, hier lebenden Menschen nach Afghanistan zu verschleppen. Damit soll jetzt Schluss sein.

Wir fordern den Bremer Senat auf, sich im Bund für eine humane Asylpolitik einzusetzen. Wir erwarten auch, dass alle Spielräume genutzt werden, um Abschiebungen aus Bremen zu verhindern!

Wir sind nicht naiv!

Der „Wir schaffen das!“- Satz war richtig. Deutschland ist eines der reichsten Länder der Welt. Natürlich schaffen wir das. Aber es zu schaffen ist nicht einfach und umsonst zu haben. Schließlich kommen Menschen, die sich erst einmal zurechtfinden und ganz neu orientieren müssen, manchmal mit furchtbaren Fluchterfahrungen im Gepäck. Es kommen auch Menschen aus traditionellen Gesellschaften, in denen patriarchale Strukturen, religiöse und familiäre Bindungen eine Rolle spielen, wie die meisten in Deutschland Lebenden es nicht kennen. Es kommen auch besonders viele junge Männer, die ihre Familien zurücklassen mussten und sie wegen der Asylverschärfungen nun auch nicht mehr nachholen dürfen.

Es ist bekannt, dass unterbeschäftigte und sozial ausgeschlossene junge Männer im öffentlichen Raum Probleme produzieren können – überall auf der Welt. Es macht keinen Sinn, auf die Gruppe der Hierhergekommenen alle möglichen Schwierigkeiten zu projizieren. Die sind in der hiesigen Gesellschaft nicht neu und haben ihre Wurzeln meist in sozialen Problemen.

Selbstverständlich kommen auch nicht nur freundliche und wohlmeinende Menschen. Schließlich leben auch hier nicht nur freundliche und wohlmeinende Leute. Es macht keinen Sinn, Menschen nach ihrer Hautfarbe, ihrer Religion und ihrer Sprache zu unterscheiden, um der so davon abgegrenzten „eigenen“ Gruppe das Gefühl von Überlegenheit, Sicherheit und Ordnung zu suggerieren. Und: Terror gibt es in unsicheren Zeiten überall auf der Welt. Genau davor sind die meisten geflohen.

Forderung zu Sicherheitspapier Bremen und geschlossene Jugendhilfeeinrichtung?

Zu viele glauben wie selbstverständlich an die Existenz einer Flüchtlingskrise. Tatsächlich befindet sich Europa seit längerem in einer wirtschaftlichen und sozialen Krise - und nun auch in einer tiefen ethischen Krise. Nicht die hierher Geflohenen, sondern die Debatte um sie wirft uns gesellschaftlich zurück. Rassistische, nationalistische und antihumanistische Positionen sind wieder politikfähig geworden. Dazu gehören auch politische Rufe nach einer „Obergrenze“, die zu Ende gedacht bedeutet, dass beim Erreichen einer willkürlich gesetzten Zahl jede Hilfe verweigert wird.

Dabei sind das Recht auf Würde und das Recht aller Menschen, Rechte zu haben, ein Seismograph dafür, ob Demokratie und soziale Rechtsstaatlichkeit funktionieren.

Es wird Zeit, sich dieser Politik der organisierten Unmenschlichkeit entgegenzustellen. Der Ausweg heißt Integration – all der unterschiedlichen Gruppen und Lebensentwürfe, die heute in pluralen und offenen Gesellschaften zusammenkommen. Integration ist eine Frage des Wollens und des praktischen Tuns und heißt, Verschiedenheiten zuzulassen, sich gegenseitig auszuhalten und immer wieder aufeinander zuzugehen. Und sie ist eine Frage der sozialen Bedingungen, die das ermöglichen. Dabei geht es um Anerkennung, Respekt und Teilhabe, um bezahlbares Wohnen, gute Bildung, Gesundheitsversorgung, gute Arbeit und freie Entfaltungsmöglichkeiten.

Bremen - eine solidarische Stadt für alle!

Es gibt ein weltweites Netzwerk von Städten, die allen ihren Bewohnerinnen und Bewohnern den Zugang zu allen öffentlichen Diensten öffnen und dabei keine Unterschiede machen wollen zwischen „Legalen“, „Ausreisepflichtigen“, „Geduldeten“ oder „Papierlosen“. Sanctuary Cities – Zufluchtsstädte – nennen sie sich. Weltstädte wie Los Angeles, New York und Chicago gehören dazu. Dort haben die Stadtparlamente beschlossen, Migrantinnen und Migranten ohne Papiere nicht mehr zu verfolgen, ihren Aufenthaltsstatus nicht zu kontrollieren, ihre Kinder zu beschulen, sie gesundheitlich zu versorgen und bei der Suche nach Wohnung und Arbeit nicht zu behindern. In den USA gehören zahlreiche große und kleine Städte und Landkreise zu diesem Netzwerk. Sie weigern sich auch, bei Abschiebungen mitzuwirken und mit der Bundespolizei zu kooperieren. Es verwundert nicht, dass Trump sie jetzt in die Knie zwingen will. Auch in Kanada gibt es viele Zufluchtsstädte. Toronto gehört dazu, und in Europa Städte wie [Barcelona](#), [Glasgow](#) oder [Oxford](#).

Entstanden sind diese Städte der Zuflucht, weil sich Menschen in Sanctuary Movements zusammengenommen haben. In vielfältigen Bündnissen von Solidaritätsgruppen, Kirchengemeinden und Gewerkschaften haben sie erfolgreich die Stadtparlamente davon überzeugen können, sich für den sozialen Zusammenhalt und ein gutes Zusammenleben in ihrer Stadt einzusetzen.

Es ist höchste Zeit zu handeln. Bremen soll sich einreihen in die Kette der Städte der Solidarität und der Menschenrechte.

Dafür müssen wir uns zusammenschließen und in Bewegung setzen, müssen Unmenschlichkeit anprangern und öffentlich für Menschlichkeit streiten, Veranstaltungen organisieren, Leserbriefe schreiben, uns vor Mikrofone und Kameras stellen, müssen mehr werden und noch mehr, müssen demonstrieren, zum Flughafen ziehen, Abschiebewege blockieren – für das Recht aller Menschen, Rechte zu haben und für eine solidarische Stadt.